

Sektion ‚Politische Soziologie‘ der DGS

www.politischesoziologie.de

Programmpapier Nr. 2

(Februar 2006)

Seit ihren Anfängen, die inzwischen mehr als anderthalb Jahrzehnte zurückliegen, hat sich die Sektion ‚Politische Soziologie‘ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zur Aufgabe gemacht, ein Ort für die lebendige soziologische Debatte über Politik und ihre Veränderungen zu sein. Um an einigen wenigen Punkten diesen Veränderungen programmatisch gerecht zu werden, hat sich der Vorstand der Sektion entschlossen, die im *Programmpapier Nr.1* angestoßene Debatte mit den nachfolgenden Anregungen fortzuführen.

*

‚Politik‘ ist jenes Feld sozialen Handelns, auf dem um die Beeinflussung und Kontrolle von institutionalisierten und nicht institutionalisierten Entscheidungsprozessen und Entscheidungen gerungen wird, in denen es um die Regelung von gemeinsamen Angelegenheiten von Menschen, der Binnen- und Außenverhältnissen ihrer Gesellungsformen und im besonderen um Machtverteilung geht. Politik ist Konflikt – um die Durchsetzung von Interessen, Normen, Werten, Ideen, religiösen Deutungen und Weltanschauungen. Im Kern der Politik liegt das Streben nach Macht und deren Verstetigung als Herrschaft oder das Widerstreben gegen Macht- und Herrschaftsansprüche. Die Soziologie der Politik¹ befasst sich mit *Institutionalisierungs- und Deinstitutionalisierungsprozessen von Macht und Herrschaft*, d.h. mit der Transformation von Macht zu Herrschaft, dem Umbau von Herrschaft bzw. spezifischen Herrschaftsformen und mit dem Schwinden bzw. dem Verlust von Herrschaft. Das Potential der politischen Soziologie liegt darin, dass ihr Zugang zum Gegenstandsbereich weder normativ aufgeladen noch an den Begriff des Staates oder gar des okzidentalen Nationalstaates gebunden ist. Gleichwohl liegt in der Logik der Analyse, dass eine politische Soziologie der Deinstitutionalisierung staatlicher Herrschaft und der Institutionalisierung nichtstaatlicher politischer Herrschaftsformen den *Staat* nicht aus dem Blick verliert – den Staat als globalisierte Utopie moderner Herrschaft, als internationales Rechtssubjekt und als mehr oder minder institutionalisierte Wirklichkeit.

**

„Das Prius“ der Staatsbildung ist „wohl immer“ Gewalt (J. Burckhardt). Insbesondere gehen *Kriege* in ihren unterschiedlichen Varianten mit der Bildung und vor allem der Integration politischer Ordnungen einher. Kriege stehen nicht nur am Anfang, sondern auch am Ende politischer Ordnungen. Trotzdem hat sich die Soziologie der Politik bis heute von der Analyse des Krieges weitgehend ferngehalten, denn Krieg war – mit scheinbar wenigen Ausnahmen im Europa der Nationalstaaten – eine Angelegenheit

¹ Die Begriffe ‚Soziologie der Politik‘ und ‚politische Soziologie‘ werden im Weiteren synonym verwendet. Zur Auseinandersetzung um den Namen der Sektion – ob ‚Soziologie der Politik‘ oder, wie das Konzil der DGS 1995 entschied, ‚politische Soziologie‘ –, s. den entsprechenden Abschnitt in Michael Meusers „Politische Soziologie – Ortsbestimmungen und aktuelle Forschungsgebiete“ (Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 2003, S. 48-65).

von bzw. zwischen Staaten, nicht eine ‚gesellschaftliche‘. Was im Europa der Nationalstaaten zwischenstaatlich war, ist aber mit dem sogenannten ‚Kleinen Krieg‘, den ethnischen und religiösen Kriegen, dem internationalen Terrorismus, zu einer innerstaatlichen, ‚gesellschaftlichen‘ Wirklichkeit geworden. Eine Soziologie der Politik ohne Thematisierung des Krieges verschließt sich einer Erscheinung, die zu den typischen Konstitutions- und Zerfallsbedingungen mindestens komplexerer politischer Ordnungen gehört und deren Folgenreichtum kaum zu überschätzen ist.

Gleiches gilt für die Bedeutung der *Religion* als Konstitutionsbedingung politischer Ordnungen. Dringend aufzuklären sind: die wachsende religiöse Aufladung der Kriege, die Beziehung zwischen Ethnizität und Religion, zwischen Religion und Politik, die Verbindung zwischen Religion und Moderne, welche in der institutionalisierten Politik immer mehr Fuß faßt, und die politische Dimension der gegenwärtigen Missionsbewegungen, die nach dem spätantiken und kolonialen ein drittes Zeitalter der Mission, das der Globalisierung, eröffnen könnten.

Nicht nur im Krieg, in ethnischen und religiösen Bewegungen, sondern auch in den Erscheinungen der politischen *Repräsentation* und der politischen *Legitimität* treffen sich die Erscheinungen der Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Macht und Herrschaft.

In den westlichen demokratischen Verfassungsstaaten scheint aus der Sicht der politikwissenschaftlichen Demokratietheorie das Problem der *Repräsentation* mit der Gleichsetzung von Repräsentation und Repräsentativverfassung bzw. repräsentativer Demokratie normativ im Grundsatz und institutionell durch die zentralen Institutionen der demokratischen Willensbildung gelöst zu sein. Eine Folge dieses Sachverhalts ist, daß die Politik der ‚Demokratisierung‘ nach dem Vorbild der westlichen demokratischen Verfassungsstaaten die Diskurse und Entscheidungen der zentralen Einrichtungen der internationalen Politik und besonders die Politik der Entwicklungszusammenarbeit nachhaltig prägt. Um so mehr stellen sich jedoch für die Soziologie der Politik in enger Zusammenarbeit mit der politischen Ethnologie Fragen nach der Persistenz und Erfindung *alternativer Formen der politischen Repräsentation und Legitimation*, zumal die bisherigen Ergebnisse der Politik der Demokratisierung in der nachkolonialen Welt – jenseits Indiens, der bevölkerungsreichsten Demokratie der Erde – zwiespältig sind.

Aber auch in den westlichen Demokratien wandeln sich die institutionellen Grundlagen der Repräsentation. Stichworte sind die *Deinstitutionalisierung überkommener Institutionen der politischen Partizipation*, die ‚Subkulturalisierung der Politik‘, die ‚neoständische Privilegienpolitik‘, die *politische Korruption* und die *Wiederkehr der ‚konzentrischen Ordnung‘*, welche die Grenze zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen durchlässig macht. Am folgenreichsten sind indessen vermutlich die wieder zunehmenden sozialstrukturellen Ungleichheiten, die sich für die Soziologie der Politik nicht zum wenigsten in der *Rückkehr der Politik der Elitenbildung* manifestieren, welche inzwischen auf den verschiedensten institutionellen Ebenen, besonders in der Bildungspolitik, Gestalt gewinnt.

Neue Fragen nach der Repräsentation ergeben sich mit Blick auf die *symbolische Ordnung der Politik* – insbesondere auf die *Formen und Normen, nach denen symbolische Repräsentation ausgeübt wird* und in denen sich eine zunehmende Grenzverwischung zwischen dem Öffentlichen und Privaten zeigt, sowie auf den *Aufstieg der ‚relationalen*

Repräsentation’, der ständigen Aktualisierung der Beziehungen zwischen Repräsentierten und Repräsentanten, die vorrangig ein Vorgang der (*massen*)*medialen Inszenierung von Repräsentation* ist.

Politik ist (fast) immer auch theatralisch, und das moderne Großkollektiv ist (zumindest auch) eine *Inszenierungsgesellschaft*. Zu den zentralen Aufgaben der politischen Soziologie gehört dementsprechend, das Verhältnis von *Politik und Medien* zu erforschen und zu analysieren, das gegenwärtig von demokratie- und kulturkritisch akzentuierten Stichworten wie ‚Mediokratie‘, ‚Placebo-Politik‘, ‚Politainment‘ gekennzeichnet ist, die in unterschiedlichen Graden die Instrumentalisierung sowohl der Politik durch die Massenmedien als auch der Massenmedien durch die Politik thematisieren. Die Soziologie der Politik muß dabei aber gleichfalls nach den *Akteuren und den institutionellen Formen der sozialen Beziehungen zwischen Politik und Massenmedien* fragen.

Im Kern der Repräsentation liegt das Problem der politischen *Legitimation*, das für die politische Philosophie und Theorie und die Herrschaftssoziologie seit ihren Anfängen konstitutiv ist. Ungenügend erforscht ist bislang nicht nur das Phänomen der „Basislegitimität“ (H. Popitz), sondern auch Phänomene wie die *Selbstlegitimation der Herrschenden* sowie die *Legitimation der Herrschenden durch den Verwaltungsstab, Experten und Wissenschaftsgemeinschaften und die Beherrschten* in der *alltagsweltlichen Praxis* der Politik und ihrer Institutionen. In Verbindung mit den Neuro- und Biowissenschaften kehrt gegenwärtig die Naturalisierung sozialer Ungleichheiten zurück und gibt Hinweise auf eine säkulare Umkehrung des Prozesses der ‚Emanzipation der Macht‘ (H. Plessner), mit der die Omnipräsens der Machtkritik als Teil der Entdeckung von der Omnipräsens der Macht an ihr Ende kommt. In diesem Zusammenhang wird die *religiöse Legitimation* eine beachtliche Rolle spielen.

Der Kampf um Repräsentation und Legitimität ist auch stets ein Kampf der Worte und *Diskurse*. Unter den vielfältigen politischen Diskursen verdienen *Opferdiskurse* besondere Aufmerksamkeit.

Grenzen der Politik sind äußerst variabel und werden in den *Prozessen der ‚Politisierung‘ und ‚Entpolitisierung‘* immer wieder neu gezogen. Als Teile dieser Prozesse der Grenzziehung kommt zwei Feldern eine besondere Bedeutung zu: dem der *Nichtregierungsorganisationen* und der sozialen Bewegungen sowie dem der *Subpolitik* bzw. der „*existenziellen Strategien*“ (R. Hitzler).

Das Feld der Nichtregierungsorganisationen hat von zwei Seiten her ein starkes Forschungsinteresse auf sich gezogen: zum einen im Verein mit der Wiederkehr und dem Wiederaufstieg des Konzepts der ‚*Zivilgesellschaft*‘ im Gefolge der Demokratisierung der postsozialistischen Gesellschaften Osteuropas und seiner Übertragung auf die Entwicklungsländer im Rahmen der entwicklungspolitischen Diskurse, zum anderen aufgrund der beachtlichen Rolle, welche Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungspolitik großer Teile der Entwicklungsländer spielen. Heute steht insbesondere eine vergleichende Empirie und Analyse der Nichtregierungsorganisationen und ihrer Handlungsfelder an. Im besonderen geht es um den sich abzeichnenden Wandel *von der „Solidaritätskultur“ zur „Vertragskultur“* der Nichtregierungsorganisationen (B. Kuhn), um die politischen Seiten des ‚*Antragsmarktes*‘, auf dem Nichtregierungsorganisationen im Wettbewerb um Aufträge und Fördergelder agieren, und um die *Beziehun-*

gen zwischen dem ‚Schenkungsmarkt‘ des ‚Südens‘ und dem ‚Spenden‘-, Subventions- und ‚Projektmarkt‘ des ‚Nordens‘.

Unter Subpolitik bzw. existenziellen Strategien ist jenes Gemenge sozialen Handelns und kultureller Ausdrucksformen zu verstehen, in dem Individuen und Gruppen in mehr oder minder ausdrücklicher Form ihr Verhältnis gegenüber der Politik sichtbar machen oder zu politischen Ereignissen Stellung nehmen, ohne die Entscheidungen, Entscheidungsprozesse und Entscheidungsinstitutionen der Politik absichtsvoll zu beeinflussen oder gar zu kontrollieren. Zahlreiche Veröffentlichungen der letzten Jahre (nicht zuletzt von Mitgliedern der Sektion) machen auf die wachsende Bedeutung der Subpolitik bzw. der existenziellen Strategien im politischen Leben und vor allem in der politischen Kultur der westlichen Demokratien aufmerksam: die ‚Eventisierung‘ der politischen Repräsentation, die ‚Politik der Lebensstile‘, die ‚Politisierung des Alltags‘ ebenso wie ihre Umkehrung in der ‚Privatisierung der Politik‘ oder der *Individualisierung zivilgesellschaftlicher Partizipation*.

Der Aufstieg der Nichtregierungsorganisationen ist nicht anders als der der Missionsbewegungen ein eindrucksvolles Beispiel für eine neue dynamische Phase im Vorgang der *Globalisierung*, dessen Anfänge spätestens am Beginn des europäischen Kolonialismus im ausgehenden 15. Jahrhundert liegen. Die weltweite Verflechtung, Verdichtung und Dynamisierung von Politik, Wirtschaft, Kultur und sozialen Beziehungen, d.h. die Institutionalisierung von transkontinentalen Interaktionsketten, Netzwerken, Organisationen, Zeichen, symbolischen Ordnungen und Identitäten, verlangt nicht nur für die Soziologie insgesamt, sondern gerade auch für die deutschsprachige politische Soziologie die Öffnung ihrer Fragestellungen und Konzepte für die politischen Wirklichkeiten der außereuropäischen Welt – darunter insbesondere für diejenigen Japans, Indiens, Chinas, Indonesiens oder Brasiliens, welche entweder schon heute zu den Hauptakteuren der Globalisierung gehören oder dabei sind, zu solchen zu werden. Statt öffentlichkeitswirksamen *catch-all*-Konzepten zu erliegen oder sich ganz einer vordenkerisch verstandenen politischen Philosophie zu verpflichten, besteht die Aufgabe der Soziologie der Politik darin, den Akteuren, Vergesellschaftungsformen und -prozessen und den Zusammenhängen, die sie konstituieren und bestimmen, empirisch detailliert nachzugehen. Dazu gehören eine empirische ‚politische Ökonomie‘ der *Globalisierung* ebenso wie eine politische Soziologie von *transnationalen politischen Ordnungen*, der *konfliktuellen Konstitutionsprozesse von globalen zivilgesellschaftlichen Akteuren*, *weltkulturellen Diskursen*, *Foren und Organisationen*, von ‚*Translokalität*‘ und *sich globalisierenden Räumen*, der *internationalen Konfliktregelung*, des *internationalen Rechts* und der *transnationalen Kriminalität und Kriminalitätskontrolle*, des *internationalen Migrations- und Flüchtlingsregimes* oder der *Entwicklungszusammenarbeit*.

Das Augenmerk auf die folgenreiche Erscheinung der Globalisierung darf indessen nicht dazu führen, den *Aufstieg des Lokalen* aus dem Blick zu verlieren. Zum einen ist dieser Aufstieg in den Vorgang der Globalisierung eingebettet, zum anderen ist er – in seiner Eigenständigkeit und Eigendynamik – Grenze und Widerpart des Globalen, insbesondere dort, wo Politik heute mit dem konfrontiert ist, was seit eh und je das Grundproblem von Politik ist, nämlich das Führen von Kriegen und die Herstellung und Sicherung des Friedens. Die Welt wird nicht zum ‚Dorf‘, sondern das ‚Dorf‘ wird zunehmend ein Ort, der die Welt bewegt, weil es die Quelle von Machtprozessen und des Konflikts, kurz, weil das ‚Dorf‘ ein Ort ist, an dem Politik gemacht und erlitten wird. Eine *politische Soziologie des Lokalen* heißt, weltweite Erscheinungen wie den *Kleinen Krieg*, das „Ka-

laschsyndrom“ (T. v. Trotha/G. Klute), die „konzentrische Ordnung“ (W. Schiffauer) oder die ungebrochene Relevanz bzw. den Aufstieg *neotraditionaler Autoritäten und Institutionen* in der Logik und Dynamik lokaler Verhältnisse und Prozesse aufzuspüren.

Im Verständnis dessen, was eine lebendige und innovative Forschung und Theorie der politischen Soziologie ausmacht, zieht die Sektion ‚Politische Soziologie‘ keine Grenzüme in der Konzeptualisierung dessen, was das Politische für eine Soziologie der Politik ausmacht. Sie überantwortet die Bestimmung des Politischen den nie abgeschlossenen Debatten ihrer Mitglieder. Programmpapiere wie das jetzige oder vorangegangene sind deshalb lediglich Anregungen für diese Debatten, mit denen zu einem gegebenen Zeitpunkt der Debattenstand festgehalten wird und Anstöße für mehr oder minder kurze Zeiträume gegeben werden.

Was für die Bestimmung des Konzepts des Politischen gilt, gilt gleichfalls für die theoretischen Grundlagen der Soziologie der Politik. In enger Verbindung mit wesentlichen Entwicklungen der Allgemeinen Soziologie und in enger Nachbarschaft zu politischer Philosophie, politischer Theorie, politischer Ethnologie und Geschichtswissenschaft reichen die theoretischen Entwürfe in der Soziologie der Politik von der soziologisch fundierten politischen Philosophie der „kosmopolitischen Gesellschaft“ (U. Beck) über die klassische normative Theorie der Demokratie bis zur allgemeinen soziologischen Systemtheorie oder Modellbildung von politischem Handeln im „machiavellistischen“ Sinne (R. Hitzler) und nach dem Muster der Ökonomie in der Theorie des rationalen Handelns.

Innerhalb dieses Spektrums gehört zum Kern der Soziologie der Politik die *empirisch-analytische Theorie politischen Handelns*, seiner Formen und Ordnungen und seiner Prozesse der Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung. Ausgangspunkt der politischen Soziologie ist, wie eingangs bestimmt, jenes Feld soziales Handeln, das von der Entscheidung, vom Streben nach Macht und Anerkennung und vom Konflikt gekennzeichnet ist. Darin eingeschlossen ist, daß Politik ein sozialer Raum ist, der von zwei gegensätzlichen Erfahrungswirklichkeiten geprägt ist: als beispielhafter Raum des Handelns im Sinne von Hannah Arendt und als Raum der Ohnmacht. Definieren Freiheit, Handeln und Macht den einen, kennzeichnen Unfreiheit, Zwang und Ohnmacht den anderen Pol von Politik – die empirischen politischen Verhältnisse sind typischerweise Mischungsverhältnisse unterschiedlichster Art zwischen diesen beiden Polen.

Als empirisch-analytische Theorie des politischen Handelns verweist die Soziologie der Politik dementsprechend in zwei Richtungen, welche ihren Ausgangspunkt in den Annahmen haben, daß die wechselseitige Ignoranz von Mikro- und Makrosoziologie, der Soziologie politischen Handelns und der der Herrschaftsstrukturen, der Sache unangemessen und empirisch wie theoretisch fruchtlos ist, statt dessen die Wechselwirkungen zwischen politischem Handeln und Herrschaftsstrukturen zu thematisieren und empirisch wie analytisch zu bearbeiten sind. Die eine Richtung ist die einer *Anthropologie politischen Handelns*, die politisches Handeln in den Grundfähigkeiten, den Grundfertigkeiten und grundlegenden Handlungsmöglichkeiten des Menschen verankert. Die andere Richtung verfolgt die *Institutionalisierung politischen Handelns zu Herrschaftsstrukturen als sozialen Tatsachen* im Sinne von Emile Durkheim, in denen jedoch die Grundlage des politischen Handelns gegenwärtig und denen damit das eigen bleibt, was alle Machtprozesse und ihre institutionellen Ergebnisse auszeichnet: ihre Unselbstverständlichkeit und ihre Zerbrechlichkeit.

Methodologisch-methodisch schließt die Soziologie der Politik das ganze Methodenspektrum der standardisierten und nichtstandardisierten Sozialforschung ein. Imperiale methodologische und methodische Ansprüche vertragen sich nicht mit dem Ziel einer entdeckungsrelevanten, innovativen und lebendigen Forschung und Theorie. Gelten nichtstandardisierte Untersuchungsmethoden vor allem dem akteursbestimmten und prozessualen Charakter und der sinnhaften Seite politischen Handelns und politischer Einrichtungen, sind standardisierte Methoden für die Deskription sowie den Einfluß struktureller Sachverhalte unabdingbar.

Hinzu kommen zwei weitere theoretische und methodologisch-methodische Weichenstellungen. Die eine ist der *definitive Bruch mit der Beschränkung der politischen Soziologie auf die westlichen Gegenwartsgesellschaften*. Unter den Bedingungen der Globalisierung kann der Aufbruch der politischen Soziologie zur Erforschung der Politik außerwestlicher Gesellschaften nicht mehr aufgeschoben oder gar vermieden werden. Soziologie der Politik ist *nicht* die soziologische Wissenschaft von einigen wenigen ausgewählten Politikformen, für welche die westlichen Gegenwartsgesellschaften stehen. Die Forschungsstrategie der politischen Soziologie ist ‚eurodezentrisch‘ und deshalb eine *interkulturell vergleichende Soziologie politischen Handelns* – innerhalb derer die Einzelfallanalyse jedoch auf absehbare Zeit ein unverzichtbarer Baustein bleiben wird. Die andere Weichenstellung ist die für eine *enge Interdisziplinarität mit Politikwissenschaft, politischer Ethnologie und Geschichtswissenschaft*. Die Zusammenarbeit mit der Politikwissenschaft gilt, soweit letztere das empirisch-analytische Ziel der Soziologie der Politik teilt und einlöst, was auf Teile der jüngeren Politikwissenschaft zutrifft. Die Verbindung mit der politischen Ethnologie ist theoretisch und methodisch unverzichtbar, wenn die Soziologie der Politik sich der unumgänglichen Aufgabe stellt, die politischen Wirklichkeiten außerokzidentaler Gesellschaften zu erforschen. Die Verbindung mit der Geschichtswissenschaft schließlich ist nicht weniger unabdingbar, weil politisches Handeln und politische Institutionen immer historisch geprägte und vielerorts historisch ‚belastete‘ Sachverhalte sind. Wie kaum ein anderes soziales Feld ist Politik geschichtsmächtig und deshalb geschichtsträchtig.

Eine Soziologie der Politik, die sich kulturübergreifend und interdisziplinär mit den vielfältigen Erscheinungsformen der Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Herrschaft befaßt, wird sich der Themen annehmen, die auch jenseits der wissenschaftlichen Debatten in der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt werden. Damit dürfte ihr gleichfalls die gesellschaftliche Bedeutung zufallen, die ihr auf Grund ihrer phantasievollen und vielseitigen Forschungen, ihrem Reichtum an Entdeckungen, ihren eindrucksvollen theoretischen Debatten und ihrer lebendige Diskussion ohnehin zusteht.